

DER DEUTSCHLANDSPIEGEL

Der Senat Miller und die Opposition: Trauriges Hamburg

Darüber, dass politisch in Hamburg gerade nichts los ist, kann man sich wirklich nicht beschweren. So gut wie täglich gibt es neue berichtenswerte Ereignisse in der Hansestadt. Grundlage jeglicher politischer Aufregung war die Wahl **Lando Millers** (Foto unten) zum Bürgermeister im vergangenen Monat. Seitdem vergeht kaum ein Tag ohne Provokationen und Empörung. Was im Gedächtnis bleibt, sind Unfähigkeit und Befindlichkeiten auf beiden Seiten.



Foto: Motorsport.tv

Zunächst muss erwähnt werden, dass die aktuelle Situation ein Produkt der Unfähigkeit der Grünen ist, es als führende Kraft in Hamburg nicht geschafft zu haben, eine Koalition zu bilden. Aufgrund dessen haben sich nach der Wahl Millers, die Sozialdemokratische Partei, die Liberal-Konservative Allianz und die vPiratenpartei zusammengetan – weniger Liebeshochzeit als Beziehung aus der Not heraus. Dafür muss man die engagierten Auftritte der Regierung Miller durchaus loben. Die Regierung war in ihrer Zeit präsent – und das unterscheidet sie von den vorangegangenen Regierungen unter Führung der Grünen.

Dennoch: Wirklich gute Arbeit leistete in dieser Legislaturperiode niemand. Einen Gesetzesentwurf verabschiedete man, dieser

wurde heftig kritisiert. Eigentlich sollte der Besuch von Gedenkstätten keine besondere Streitfrage sein, doch der aus einem einzigen Satz bestehende Gesetzesentwurf lies etliche Fragen offen. Ob nun also tatsächlich mehr Jugendlichen der Besuch von Gedenkstätten ermöglicht werden kann, ist zumindestens umstritten.

Ein ähnlich angelegter Entwurf zum Thema eines neuen Unterrichtsfachs wurde kürzlich durch die antragsstellende Fraktion der Sozialdemokraten wieder zurückgezogen. Dazu wurde man durch heftigste Kritik aus den Fraktionen von Internationalen Linken und Grünen getrieben.

Zuletzt stimmten die Regierungsabgeordneten gegen einen Antrag Enrico Maiers, das Grundrecht auf freien Zugang zu sauberem Trinkwasser in der Verfassung Hamburgs zu verankern – und brachten den Antrag damit zum Scheitern. Auf eine Erklärung, warum der Senat den Antrag nicht unterstützen wollte, wartet die Bürgerschaft bis heute vergeblich.

Doch das ist nicht das einzige, was die aktuelle Bürgerschaft kennzeichnet. Auch die Opposition ist nicht so makellos, wie sie manchmal zu sein glaubt. Zwar ist sie in Sachen Kritik an der Regierung stets vor Ort, doch die eigene politische Arbeit ist ebenfalls überschaubar. Die meisten Anträge kann sich die Partei für Natur und Soziales unter Führung von **Emilia von Lotterleben** (Foto rechts) zuschreiben lassen, auch wenn diese eher symbolischen Charakter hatten.

Grüne und Linke haben jeweils einen Antrag eingereicht – beide aus der Feder von Enrico Meier. Besonders der erste Antrag, welcher eine Verwendung von „geschlechtergerechter Sprache“ durch Hamburger Behörden vorsah, konnte ebenfalls nicht durch Ausführlichkeit oder inhaltliche Brillanz auftrumpfen. Insgesamt kamen in dieser Legislaturperiode

damit nur zwei inhaltliche Anträge durch das Parlament – von insgesamt sieben.



Foto: Wikimedia Commons

Nun finden in Hamburg diesen Sonntag wieder Wahlen statt und das Amt des Bürgermeisters wird neu ausgeschrieben. Meier will es werden, Miller will es bleiben – so viel ist bekannt. Die Grünen, welche bislang die größte Fraktion stellen, haben sich bislang nicht in den Wahlkampf eingemischt, werden aufgrund ihrer tiefer Verankerung in der Stadt aber wohl erneut auf einen Sieg hoffen dürfen. Die Frage bleibt, ob man dieses Mal endlich wieder Verantwortung übernimmt und einen Kandidaten oder eine Kandidatin zur Bürgermeisterwahl aufstellt. Eine weitere Legislaturperiode der aktiven Peinlichkeit würde Hamburg politisch definitiv nicht weiterhelfen. Die Parteien haben gezeigt, dass sie in der Problemanalyse sehr detailreich sein können. Dies sollte sich nun auch in konkrete Ergebnisse ummünzen.

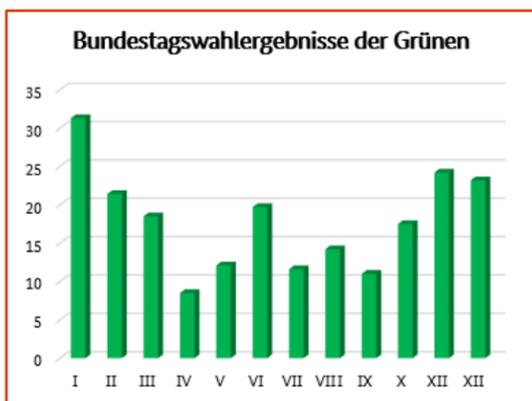
von Clemens Berger
Leiter Studio Hamburg



Zurück zum Zenit: Die Grünen sind zurück!

ein Kommentar von Jade Erich

Etwas mehr als ein halbes Jahr ist es her, dass ich einen Artikel über die Bedeutungslosigkeit der Grünen Partei in Deutschland geschrieben habe. Dieser erhielt viel Lob, Zuspruch und konstruktive Kritik. Die These, dass die Grünen weit hinter ihrem früheren Erfolgen und eigentlichem Potenzial zurück bleiben, wurde umfassend angenommen. Nun, einige Monate später, sieht es für die Partei ganz anders aus. Zum zweiten Mal hintereinander stellt man nun die stärkste Fraktion im Bundestag und den Regierungschef. Wieso, weshalb, warum – das fragt man sich – konnte der Abwärtstrend so erfolgreich beendet werden?



Schauen wir uns zunächst die Fakten an: Tatsächlich sehen wir einen ganz deutlichen Anstieg der Wahlergebnisse der Grünen zur Bundestagswahl seit der Wahlschlappe im Oktober 2021 (siehe oben). An das frühere Ergebnis der ersten Bundestagswahl konnte man zwar nicht mehr anknüpfen, das sollte aber auch gar nicht das Ziel sein, denn immerhin hat man nach dem ersten Erfolg im Januar und der gemeinsamen rot-grünen Regierung nun bereits zweimal den/die Kanzler/Kanzlerin stellen.

Auf den ersten Blick lässt sich also erkennen: Die Grünen haben Erfolg und konnten ihren Einfluss gegenüber früheren, tristen Zeiten deutlich vergrößern.



Foto: Wikipedia

Zusätzlich muss man natürlich auch auf die Bundesländer schauen. Auch hier hat sich einiges bewegt. Zum Beispiel Bayern. Nachdem die Allianz die grüne Regierungsfreude hier unterbrach, konnte **Sebastian Fürst** (Foto oben) das Amt des Ministerpräsidenten

spektakulär zurückerobert. Die konstanteste politische Persönlichkeit der ganzen Bundesrepublik hat nun sogar eine absolute Mehrheit mit seiner Fraktion. Ein klares Zeichen für die Beliebtheit des Kandidaten, aber auch der Partei im ursprünglich so konservativen Bayern.

Ebenfalls sehen lassen kann sich die Arbeit der Grünen in Nordrhein-Westfalen. Immerhin hat Georg Gysi hier nach langer Zeit wieder eine grüne Regierungsbeteiligung ausgehandelt und konnte den Einfluss der Partei so erweitern.

Dann kommt da noch Hamburg. Hier konnte man sich den Status als stärkste Kraft über längere Zeit sichern. Auch zur letzten Bürgerschaftswahl erhielt man die meisten Stimmen.

Doch eine Regierung unter grüner Beteiligung kam nicht zustande. Lando Miller hat sich als Bürgermeister hervorgetan. Fest machen muss man das unter anderem wohl daran, dass die Grünen Hamburg aktuell keine klare Führung haben, da Kerstin Siegmann mit Bundesangelegenheiten beschäftigt ist und sich keine weiteren Personen aufgetan haben, die eine Regierung hätten forcieren können oder wollen.

Schließlich bleibt da noch Thüringen. Das Experiment gemeinsame Fraktion aus Grünen und Linken (IG:L) fand hier in derselben Legislatur, in welcher man startete, ein unverblühtes Ende. Die IG:L hat keinen Bestand. Das Verschmelzungsprojekt sollte vor allem Hohn, Spott, ein Wahlergebnis jenseits der 70 % und eine rasche Auflösung zur Folge haben. Warum das Ganze? So richtig will man es erst gar nicht wissen. Fehlende politische Erfahrung, persönliche Streitigkeiten und Machtintrigen innerhalb der Parteien gelten als Gründe. Jedenfalls verbleibt nur ein einziges Mitglied im Landesverband und das Wahlergebnis am vergangenen Sonntag sah dementsprechend schmerzlich aus. Fazit: In den Ländern konnte man die Wahlergebnisse verbessern, den eigenen Einfluss steigern. Dennoch glänzt am Ende mehr als tatsächlich Gold vorhanden ist. Manches ist auch einfach nur gelb angemalt.

Welche übergeordneten Gründe gibt es nun dafür, dass dieser in großen Teilen sehr achtsame Aufstieg gelingen konnte? Man kann diesen zwar auf vielschichtige Antworten zurückführen, dennoch liegt eine auf der Hand: Der Fall der Sozialdemokratischen Partei. Wieder kann uns hier eine Statistik Abhilfe schaffen.



Was sehen wir? Simultan zu den guten Wahlergebnis der Grünen erfolgten schlechte Wahlergebnisse der Sozialdemokraten. Diesen gingen wiederum eine Krise ausgelöst durch Herbert Müller und einen daraus resultierenden Mitgliederschwund voraus. Man verlor Vertrauen und auch Verantwortung. Selbst die Hochburg Nordrhein-Westfalen war zwischenzeitlich gefährdet. Matthias Linner war dann der richtige Mann am richtigen Ort. Die rot-rot-grüne Regierung war beliebt, die SDP jedoch immer weniger. Linner konnte mit aktivem Wahlkampf mehr überzeugen als ein anfangs überfordert wirkender Stefan Herzinger. Kerstin Siegmann profitiert nun von der Arbeit ihres Vorgängers. Ob sie ohne **Matthias Linner** (Foto unten) ähnliche Ergebnisse erzielt hätte, darf bezweifelt werden, nachdem sie bei der Wahl im Januar „nur“ 17,5 % holte und damit den späteren Koalitionspartner noch nicht überholen konnte.



Aus der Schwäche der SDP konnten die Grünen Profit schlagen. Doch ob das nun, da man in einer Koalition mit Allianz und Christdemokraten steckt, genauso weiter gehen kann, darf durchaus bezweifelt werden.

Nehmen wir Bezug auf frühere Probleme der Grünen, lässt sich sagen: Die sind überwunden. Heute kann man von sich überzeugen, heute ist man selbstbewusst und übernimmt Verantwortung. Ob im Bund oder in den Ländern, man traut sich wieder in die Regierungen. Auch wenn man scheitert, wie in Thüringen. Genauso konnte man die hohe Fluktuation an Mitgliedern beenden. Mittlerweile gibt es einen „harten Kern“ und regelmäßig folgen neue Persönlichkeiten, die durch die Basis relativ gut aufgenommen werden. Bestes Beispiel ist die neue Vorsitzende Brigitte Lund.

Schließen wird das Ganze mal ab. Die Grünen sind gut drauf und das wird sich vermutlich so schnell nicht ändern. Doch man sollte die Möglichkeit einer sozialdemokratischen Renaissance oder einer Etablierung der Allianz nicht außer Acht lassen. Der Erfolg hängt eben stark an Konstanz und aktiver Führung. Schafft man es nicht, auf Erfolge aufzubauen und das Vertrauen aufrechtzuerhalten, so kann die Freude – wie in Thüringen – auch schnell wieder verpuffen.

von Jade Erich
Freie Redakteurin



Aufsteiger der Woche:

Ernst Haft

Ernst Haft gehört zu der Sorte Politiker, die nicht im Fokus der Öffentlichkeit steht und sich dennoch Tag für Tag für ihre Partei abmüht. Sein Parteiwechsel von den Grünen zur Allianz im Januar dieses Jahres war überraschend. Die Gründe hierfür sind nicht bekannt. Dennoch gab es – auch hier – kaum öffentliche Aufmerksamkeit für Ernst Haft. Dies hinderte ihn aber nicht daran, in den folgenden Monaten den Thüringer Landtag nicht nur durch seine parlamentarische Arbeit zu beleben, sondern auch, dessen Sitzungen als fraktionsübergreifend geachteter und akzeptierter Landtagspräsident zu leiten.

In der Rolle des Oppositionspolitikers konnte Ernst Haft einem fast schon leidtun. Im stets vom linken Lager dominierten Thüringen rackerte sich Haft unermüdlich an den diversen Regierungen ab. Zu kritisieren gab es dabei freilich mehr als genug, wie zuletzt den Abgang des linken Ministerpräsidenten Pilarow.

Auch bundespolitisch hat sich Haft trotz seiner Leidenschaft für die Landespolitik vor allem im März dieses Jahres engagiert. Auf Listenplatz zwei und als Direktkandidat in Thüringen trat er zur Bundestagswahl an, führte einen sehr aktiven, persönlichen Wahlkampf und zog nach dem knappen Wahlsieg der Liberal-Konservativen Partei erstmals in den Bundestag ein. Haft selbst sicherte sich sein Mandat sogar über seinen überraschenden Erfolg bei der Direktwahl in Thüringen.

Dennoch ist und bleibt die Landespolitik in Thüringen Hafts Herzensangelegenheit. Nun, nach dem Wahlsieg der Allianz bei den vorgezogenen Landtagswahlen – an dem auch Haft beträchtlichen Anteil hat – bekommt er, sehr wahrscheinlich, endlich seine verdiente Chance, sich auch als Minister in Thüringen in einer Allianz-geführten Regierung zu beweisen.

von Lukas Augustin



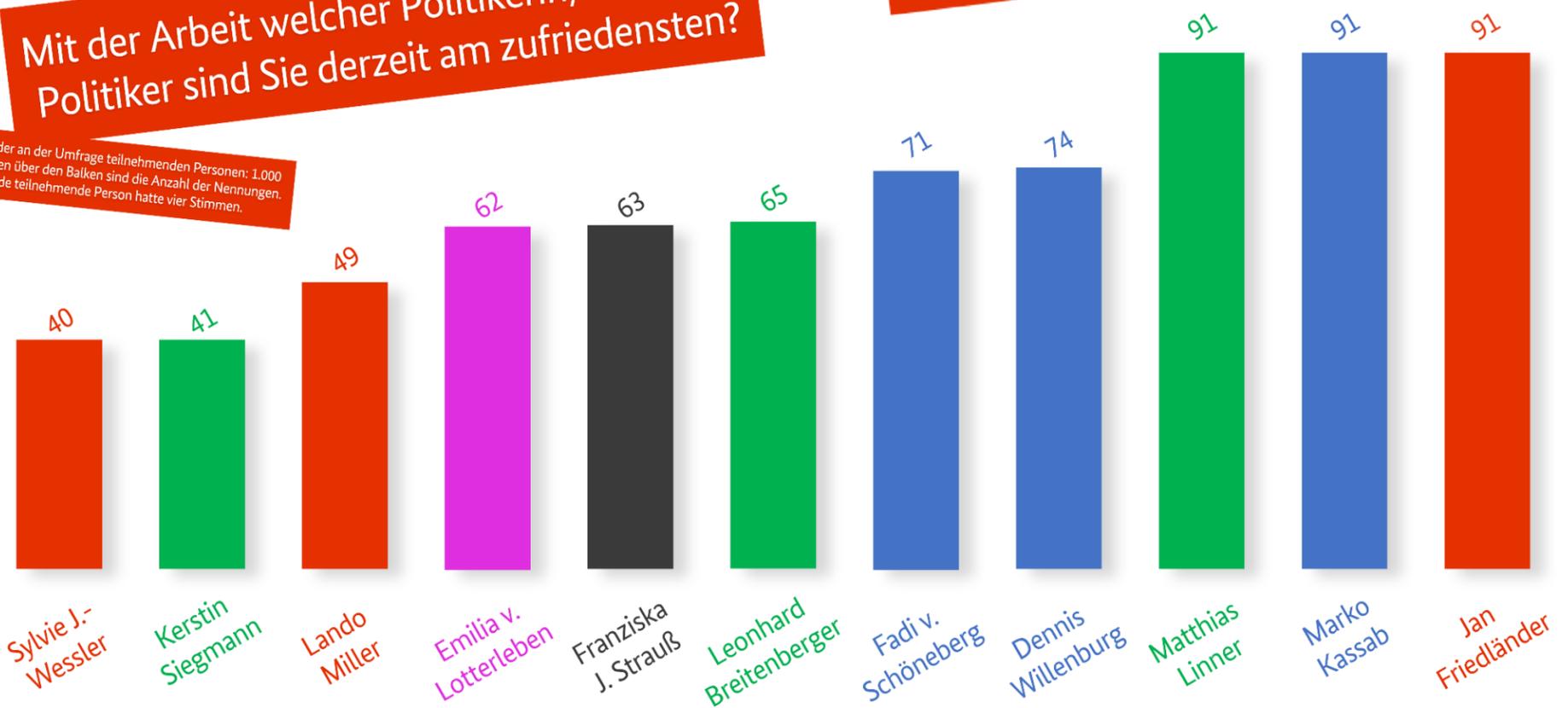
Ernst Hafts politische Karriere begann bei den Grünen. Er war dort im Thüringer Landtag meist als Einzelkämpfer unterwegs. Im Januar 2022 wechselte er zur Liberal-Konservativen Allianz und war dort bisher die führende Stimme der Opposition. Seit März 2022 ist Haft Präsident des Thüringer Landtages. In der 11. Legislaturperiode saß Haft als Abgeordneter im Deutschen Bundestag, da er in Thüringen das Direktmandat erringen konnte.

Das DEUTSCHLANDSPIEGEL

Politikerranking

Mit der Arbeit welcher Politikerin/welchem Politiker sind Sie derzeit am zufriedensten?

Anzahl der an der Umfrage teilnehmenden Personen: 1.000
Die Zahlen über den Balken sind die Anzahl der Nennungen.
Jede teilnehmende Person hatte vier Stimmen.





Der Erfolgsbringer der Allianz:

Marko Kassab im großen Interview

mit Petra Falkenstein

Er gilt als ruhig, besonnen und pragmatisch – und gerade das scheint sein Erfolgskonzept zu sein. Marko Kassab ist seit wenigen Tagen nicht nur der Vorsitzende der Liberal-Konservativen Allianz, sondern war als Spitzenkandidat auch maßgeblich an der erfolgreichen Bildung der Tansania-Koalition im Bund beteiligt, in der er als Außenminister und Vizekanzler vertreten ist. Kassab leitet damit in der Allianz eine neue Ära ein und führt seine Partei zu neuem Erfolg und in die Regierungsverantwortung. Im großen **Deutschland-Spiegel**-Interview mit dem Allianz-Vorsitzenden finden wir heraus, warum er früher Anhänger des Sozialismus war, wieso er sich selbst nicht als konservativ bezeichnet und was er von der neuen Bundesregierung erwartet:

DS: Herr Kassab, Ihr Vater war Sozialist und auch Sie selbst haben sich früher mit dieser Ideologie identifizieren können, schreiben Sie auf Ihrer Website. Wie ist dieser Prozess der politischen Umorientierung weg vom Sozialismus und hin zum Liberalismus vonstatten gegangen und sind Teile ihrer früheren politischen Überzeugung auch heute noch vorhanden? Würden Sie von sich mittlerweile behaupten, ein Konservativer zu sein?

Kassab: Vielen Dank für die Frage, Frau Dr. Falkenstein. Wie so oft war ich in meiner Kindheit und Jugend vom Elternhaus her geprägt, wie es normal und gut ist. Mein Vater wuchs in einer stark politisierten Zeit auf, Ost und West, der Kalte Krieg, Kommunismus und Kapitalismus. Ähnlich wie heute gab es nur gut oder böse, nur schwarz und weiß. Politische Themen wurden Zuhause am Esstisch durchaus besprochen, jedoch natürlich nur von einer Seite der Medaille, ein politischer Diskurs fand nicht statt. Mit diesem Gepräge ging ich dann auch in die weite Welt hinaus und begegnete dort auch anderen politischen Ideen. Wie so oft bildete ich mir auf Basis meiner Erlebnisse und mit einem breiteren Spektrum an Wissen und Einsichten eben mein eigenes Bild. Dies führte

mich weg vom Sozialismus hin zum Liberalismus, der mir in dieser Zeit bessere Angebote und Lösungen bot.

Ich denke, dass man eben dieses Denken in „gut und böse“ etwas ablegen muss. Von dieser Seite aus kann ich vermutlich die Denkweise der Vertreter des linken Spektrums durchaus nachvollziehen, was nicht heißt, dass ich meine Überzeugungen verraten würde. Es gibt und wird immer grundsätzliche Überzeugungen geben, welche sich unterscheiden. Ich bin aber davon überzeugt, dass es notwendig ist, andere Sichtweisen zu verstehen, um im politischen Tagesgeschäft aufeinander zuzugehen. Dies zeigt sich gut an Abstimmungen im Bundestag oder im Landtag. Wenn dort ein aus meiner, bzw. unserer Sicht vernünftiger Antrag eingebracht wird, unterstützen wir dies, egal aus welchem "Lager" er stammt. Dieser Punkt widerspricht der Behauptung ein Konservativer zu sein. Sicherlich gibt es Punkte, da stimme ich mit den Konservativen Vertretern der eigenen Partei und der CDSU durchaus überein, wenn es z.B. um die Wehrpflicht geht. Aus diesem Grunde habe ich die politische Idee von Ryan Davis seiner Zeit unterstützt, da beide Strömungen unserer Partei teilweise eng miteinander verwoben sind. Dennoch würde ich mich immer mehr zum liberalen Flügel zählen.

DS: Sie haben die Allianz seit ihrer Gründung begleitet, von den Anfängen über das Kabinett Herbert Müller bis jetzt zur Tansania-Koalition. Wie bewerten Sie die Entwicklung der Partei? Wie stehen Sie zu den Vorwürfen, dass die Allianz teilweise auch Rechtsextremisten eine Bühne geboten hätte? Und glauben Sie, dass die Allianz in dieser Legislaturperiode für die Grünen mangels Alternativen als koalitionsfähig und -würdig eingestuft wurde, oder dass auch ein Zusammenhang mit dem Personalwechsel im Vorstand der Allianz besteht?

Kassab: Wir haben schon eine bewegte Geschichte hinter uns in dieser kurzen Zeit, nicht wahr? *lacht*

Die Partei ist inzwischen fest auf dem Boden der deutschen Demokratie angekommen. Angefangen hatte es mit den Achtungserfolgen in Bayern und NRW, in denen wir die Regierung gestellt oder mitgestaltet hatten. Vom ehemaligen Sammelbecken sind wir nun eine klar staatstragende Partei, mit der man rechnen muss und die ihre Daseinsberechtigung hat.

Ich denke wir sind uns alle einig, dass das Kabinett Müller ein Tiefpunkt, nicht nur für die Allianz, war. Hier wurden Fehler gemacht, bei uns wie auch bei anderen. Es bringt nichts, sich darüber nach so langer Zeit noch zu mokieren, wir haben uns alle den Mund abgewischt und weitergemacht, wie es sich für Erwachsene gehört.

Dies zeigt sich eben auch an der jetzigen Regierung. Hier ist deutlich eine Weiterentwicklung zu sehen, bei allen Beteiligten. Noch vor einigen Monaten haben die Grünen eine Koalition mit der Allianz gänzlich ausgeschlossen, ja nicht einmal Gesprächsangebote angenommen. Nun dürfen wir die Regierung bilden und haben uns im Koalitionsvertrag viel vorgenommen und agieren bewusst ambitioniert, um unser Land nach vorne zu bringen und insbesondere zu zeigen, dass Gräben, welche einst da waren, durchaus überwunden sind. Sicherlich hat immer noch jeder seine politische Richtung und seine Ansichten, doch geht es hier nicht um politische Grabenkämpfe. Ohne die Sozialdemokraten oder die Grünen wäre eine Regierungsbildung nahezu unmöglich gewesen. Die SDP hat sich bewusst für die Oppositionsrolle entschieden, so haben die Grünen, die Allianz und auch die CDSU ihre Verantwortung erkannt und den Auftrag zur Regierungsbildung ernst genommen. Ich bin davon überzeugt, dass die Grünen aus diesem Grund, nämlich aus Verantwortung für unser Land, die Koalition vorgeschlagen und mitgetragen haben, genau wie Allianz und Union. Für andere Gründe habe ich bisher keine Anzeichen oder Beweise erhalten, deshalb gibt es keinen Grund dies anzunehmen. Politische Inhalte

sind vom Personal grundsätzlich zu trennen, auch wenn dies nicht immer so einfach ist.

Mit ihren Punkt ob die Allianz eine Bühne für Rechtsextremisten bietet, sprechen Sie wohl erneut das Kabinett Müller an. Wie ich bereits sagte, war die Allianz zuallererst ein Sammelbecken für allerlei konservative und liberale Strömungen. Ich denke, wir haben in dieser Situation durchaus korrekt reagiert. Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, dass wir auf die Sorgen und Bedenken unserer Koalitionspartner damals zügig reagiert hatten. Darüber hinaus bin ich von unserem Konzept vollkommen überzeugt. Wir sind Heimat für Konservative und Liberale, sehen uns selbst im Spektrum Mitte-Rechts, wobei wir aktuell eher in die Mitte gerückt sind, um das FORUM zu beerben. Die Grundeinstellung der Partei ist klar und wie wir bereits gezeigt haben reagieren wir auf Bedenken in die rechte Ecke hinein. Für die Aussagen einzelner Parteimitglieder kann der Vorstand keine Haftung übernehmen, jedoch sehen auch wir manches kritisch.

DS: Mit Ryan David, Maximilian von Gröhn und Friedrich Augstein haben sich in der letzten Zeit drei große Namen der Liberal-Konservativen Allianz weitestgehend von der politischen Bühne verabschiedet. Diese drei Personen haben die Allianz geprägt, aber stets auch die Konfrontation in der Öffentlichkeit gesucht, vor allem mit SPD, Grünen und der Internationalen Linken. Es wird ihnen auch nachgesagt, ein relativ überhebliches und arrogantes Auftreten gehabt zu haben. Sie hingegen sind eher als besonnene, bodenständige Person bekannt und genießen wohl auch deshalb parteiübergreifend breite Akzeptanz. Wie haben Sie die Personen David, von Gröhn und Augstein kennengelernt und haben Sie noch Kontakt zu ihnen? Was glauben Sie, können Sie als Vorsitzender der Partei besser machen als ihre Vorgänger? Und wie erleben Sie die Zusammenarbeit im "neuen" Vorstand der Allianz?

Kassab: Das politische Tagesgeschäft ist kräftezehrend, ich denke das ist allen bekannt. Für Familien, Freunde und Freizeit ist da wenig Platz. Auch aus diesem Grunde kann ich den Rückzug der drei angesprochenen Herren durchaus nachvollziehen. Wie Sie bereits sagten, haben die drei die Partei maßgeblich mitgestaltet und eine ganze Zeit lang jede Minute für Partei und Regierungsarbeit eingesetzt. Ryan Davis als langjährigen Parteivorsitzenden, Vizekanzler und Bundesfinanzminister, aber auch den Herren von Gröhn, der sich als Bundestagspräsident einen Namen gemacht hat, und Friedrich Augstein, welcher seinerzeit stellvertretender Ministerpräsident von NRW und Landtagspräsident war, sind wir zu Dank verpflichtet. Sie haben in schwierigen Zeiten die Allianz mitentwickelt und die ersten Schritte getan – den Grundstein gelegt für das, was wir nun sein dürfen.

Mit Ryan Davis hatte ich ein Gespräch, als er uns mitteilte nun etwas kürzer treten zu wollen, in dem er eben jene Gründe anführte. Die gesamte Partei ist ihm dankbar und bedauert seinen Rückzug, wie auch den der anderen. Ich denke aber, die allermeisten können die Gründe nachvollziehen. Um die Leistungen von Ryan Davis zu würdigen, hat der Vorstand seinerzeit auch die Parteibasis befragt ihn und nach positivem Votum zum Ehrenvorsitzenden

ernannt. Dementsprechend kann er auch heute und jederzeit beratend tätig sein. Für alle drei gilt, dass sie jederzeit wieder herzlich willkommen in der ersten Reihe sind.

Das angesprochene arrogante Verhalten kann ich privat so nicht bestätigen. Mir ist durchaus bewusst, dass wir, besonders zu Beginn, durchaus streitbar waren. In dieser Zeit waren Herr Davis, von Gröhn und Augstein sehr aktiv in der politischen Debatte. Sicherlich musste man hier einen deutlichen Ton anschlagen, um sich Gehör zu verschaffen und zu Wort zu kommen, gerade wenn man neu auf der politischen Bühne ist.

Vorher war die politische Landschaft, bis auf wenige Ausnahmen, sehr links gerichtet und entsprechend mussten sich einige erst daran gewöhnen, nun auch einmal Kontra zu bekommen. Im innerparteilichen Diskurs war nichts von Arroganz oder Ähnlichem zu spüren.

Ich bin dankbar, dass mir die Basis der Partei die Führung ebendieser anvertraut hat, auch wenn dies niemals mein Ziel war. Aus meiner Sicht geht es nicht darum etwas "besser" zu machen als die bisherigen Vorstände. Es geht darum, die Partei weiterzuentwickeln und dafür Sorge zu tragen, dass wir nicht stehen bleiben. Dies gilt ebenso für unser Land. Nun ist es an der Zeit und wir sind in der Position Verantwortung zu übernehmen, für unser Land und die Menschen. Hier als Vorstand einer Regierungspartei die Zügel in die Hand zu nehmen ist wichtig und richtig. Wir wollen allen zeigen, dass mit uns zu rechnen ist und wir in der Lage sind Verantwortung zu übernehmen und Kompromisse zu schließen, um unser Land nach vorne zu bringen. Hierbei unterstützen mich mein Stellvertreter Dennis Willenburg und der Generalsekretär Fadi von Schöneberg tatkräftig und ich bin froh, mit einem solchen Team in diese Regierung gegangen zu sein. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mit der Basis die Allianz weiter voranbringen können.

DS: Lassen Sie uns noch etwas über die aktuelle Regierung und die Regierungsbildung sprechen. Wie haben Sie die Verhandlungen mit den Grünen und der CDSU erlebt? Was erwarten Sie sich von der neuen Regierung und wo glauben Sie, lauern in dieser Legislaturperiode die größten Aufgaben und Probleme?

Kassab: Die Verhandlungen waren durchaus eine Herausforderung, ich denke das kann man so offen sagen. Die Grünen haben aus einer Position der Stärke heraus verhandelt und sind sehr offensiv in die Runden gegangen. Als Regierungspartei war die natürliche Position und Herangehensweise eine andere, das spürte man. Alles war sehr gut organisiert und die innerparteilichen Abstimmungen wurden stets respektiert. Ich denke wir können sehr zufrieden sein. Einerseits mit den Verhandlungen, andererseits mit dem Ergebnis, denn wir haben hier etwas Historisches erreicht. Die Verhandlungen und der Vertrag können als Blaupause für die Zukunft dienen, so denke ich und wünsche ich es mir. Das konsequente Lagerdenken ist nicht mehr zeitgemäß: Natürlich muss jede Partei in Verhandlungen ihre Punkte anbringen können und es ist vollkommen normal, dass man Kompromisse eingehen muss. Natürlich wünschte ich persönlich, wir hätten mehr unserer Punkte einbringen können und

vielleicht an der ein oder anderen Stelle keinen oder einen anderen Kompromiss finden können, doch alles in allem sind wir zufrieden, was auch die innerparteiliche Zustimmung zum Koalitionsvertrag zeigt. So funktioniert nun mal Demokratie.

Ich erwarte von der neuen Regierung nichts weniger als dass wir unser Land nach vorne bringen. Dafür sind wir angetreten, alle. Grüne, Union und Allianz eint der Wunsch nach Veränderung. Ich denke das wird uns gelingen. Vieles haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten, daran gibt es meiner Meinung nach auch nichts zu rütteln. Wichtig werden die tagespolitischen Entscheidungen sein, wenn auf konkrete Ereignisse reagiert werden muss. Hier ist es ebenfalls wichtig, dass die Koalition geschlossen auftritt und ein einheitliches Bild abgibt. Ich denke, hier kann es zu Reibungspunkten kommen. Alleingänge sollten wir, wenn möglich, vermeiden – in jeder Hinsicht. Eine große Aufgabe war es, die teilweise unterschiedlichen Ansichten aufgrund des politischen Spektrums unter einen Hut zu bringen, das wird auch weiterhin eine Herausforderung sein. Ich bin mir sicher, wir haben das bisher erfolgreich gemeistert und werde dies auch weiterhin tun. Eine enge Abstimmung und Kommunikation, sowie Kompromissbereitschaft ist für mich ein Schlüsselfaktor zum Erfolg dieser Koalition.

DS: Vielen Dank Herr Kassab für das spannende Interview und dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Partei alles Gute für die Zukunft und vor allem für die Regierungsarbeit in dieser Legislaturperiode!

Interview mit Dr. Petra Falkenstein
Leiterin Hauptstadtstudio



Sie haben Interesse an einer journalistischen Tätigkeit?

Wir suchen freie Journalist*innen (m/w/d) für unsere Redaktion.

Gerne veröffentlichen wir auch Ihren Gastbeitrag oder Leserbrief!

Interesse? Dann schreib uns:

redaktion@deutschlandspiegel.de

DER DEUTSCHLANDSPIEGEL

Im Namen des Volkes!

Das FFD-Verbotsverfahren

Wird das Freiheitliche Forum wirklich verboten?

Vor rund einem Jahr hat der Bundesrat beschlossen, ein Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) gegen den damaligen „Bund Unabhängiger Wähler“ (BUW) einzuleiten. Mittlerweile hat der Bundesrat seinen Antrag an die Entwicklungen der Partei angepasst, sodass als Antragsgegner das „Freiheitliche Forum Deutschlands“ (FFD) geführt wird.

Bereits diese Antragsänderung stellte eine Frage dar, die das Oberste Gericht noch vor dem Beschluss zur Durchführung einer mündlichen Hauptverhandlung zu klären hatte. Nur, wenn der BUW und das FFD im rechtlichen Sinne identische Parteien sind, kann der Bundesrat seinen Antrag nämlich entsprechend abändern, ohne mehrheitlich einen neuen Beschluss fassen zu müssen. Das Oberste Gericht folgte in seinem Beschluss vom 29. Mai 2022 schließlich der Auffassung des Antragstellers: BUW und FFD sind rechtlich gesehen identische Parteien. Wille der Parteifunktionäre sei damals nur eine Änderung des Namens, nicht die Gründung einer neuen Partei gewesen. Auch eine sonstige organisatorische oder ideologische Neuausrichtung sei grundsätzlich nicht erfolgt, weshalb es sich bei dem Antrag des Antragstellers nur um eine sogenannte „Rubrumsberichtigung“ handle und somit kein gesonderter Antrag des Bundesrates gegen das Freiheitliche Forum erforderlich war.

Zwei Tage nach der Verkündung dieses Beschlusses wurde dann die mündliche Verhandlung eingeleitet, in der der Bevollmächtigte des Freiheitlichen Forums, Paul Fuhrmann, zunächst ein Ablehnungsgesuch gegen die Gerichtspräsidentin Christ-Mazur stellte. Beanstandet wurden einige Aussagen der Richterin, die sie in einem etwas zurückliegenden Zivilverfahren als Rechtsanwältin vor Gericht getätigt hatte. Sie hatte das FFD damals als „Verfassungsfeinde und Rechtsextremisten“ bezeichnet und Zweifel an der Verfassungstreue der Partei geäußert. Die verbleibenden Richter des dritten Senates wiesen das Ablehnungsgesuch jedoch zurück. Begründet wurde dies sowohl durch Christ-Mazurs damaligen Stellung als Anwältin, da sie dort primär die Auffassung ihrer damaligen Mandantin dargelegt habe. Dazu seien die Aussagen zeitlich relativ weit von dem Verbotsverfahren getätigt worden und würden keine „unumstößliche Meinung“ begründen. Der Beschluss fiel insgesamt sehr kurz und vage formuliert aus. Richtig überzeugt hat diese Entscheidung des Obersten Gerichts jedenfalls nicht.

Nach der veröffentlichten Entscheidung über das Ablehnungsgesuch konnte die mündliche Verhandlung dann endlich richtig starten. Joachim Holler, der prominente Verfahrensbevollmächtigte des Bundesrates, führte in seinem Eingangsplädoyer aus, dass das Parteiverbot nicht nur Aussicht auf Erfolg, sondern sogar geboten sei. Das FFD missachte grundlegende Verfassungswerte und wolle diese systematisch niederringen. Der FFD-Bevollmächtigte bekräftigte hingegen die Auffassung des Antragsgegners, dass der Grund für die Einleitung des Parteiverbotes schlicht die Beseitigung einer kritischen und unliebsamen Partei und damit politisch motiviert sei. Fuhrmann argumentierte, Art. 21 Abs. 2 GG könne gar keine rechtliche Grundlage für ein Parteiverbot darstellen. Er widerspricht damit auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) aus dem Jahre 2017, welches das Gericht in vorliegendem Verfahren wohl als Maßstab heranziehen wird.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens zählte Holler diverse Beispiele dafür auf, dass das FFD die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit missachte. Begründet wurden diese Behauptungen etwa mit dem Ziel des FFD, eine Zweiklassengesellschaft zu etablieren und mit der im FFD existierenden Fremdenfeindlichkeit und Homophobie. Hinsichtlich des Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsprinzips wurden der „Thüringer Putschversuch“ aus dem März 2021 sowie der Aufruf zur Missachtung aller Corona-Maßnahmen genannt. Fuhrmann bestritt jegliche Anschuldigungen gegenüber seinem Mandanten und versuchte, diese zu entkräften – was zumindest teilweise auch gelang. Holler hatte bisher jedoch – zumindest größtenteils – eine überzeugende Erwiderung parat.

Gerichtspräsidentin Christ-Mazur pickte dann den behaupteten „Thüringer Putschversuch“ als weiter zu beleuchtendes Ereignis heraus. Holler bestätigte, dass der FFD-Vorsitzende davon gesprochen habe, dass bei dem damaligen Versuch zum Aufbau einer Parallelregierung Teile der Polizei und der Bundeswehr hinter ihm standen, räumte jedoch ein, dass diese Aussagen nur schwierig zu überprüfen seien. Danach legte Holler Wunsch des Gerichts dar, inwieweit das FFD die „Schwelle zur Bekämpfung“ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung überschreite und dabei systematisch und planvoll agiere – wie es das Bundesverfassungsgericht im NPD-Urteil formuliert hatte. Eine Einschätzung des Gerichtes gab es hierzu noch nicht.

Zur näheren Beleuchtung des behaupteten Putsch-Versuches lud das Gericht schließlich den FFD-Vorsitzenden Christian von Wildungen als Zeugen vor. Dieser behauptete, dass es nie einen Putschversuch gegeben habe. Andererseits bekräftigte er seine Aussage, dass einzelne Teile von Polizei und Bundeswehr damals hinter ihm gestanden und ihn im Zweifelsfalle auch unterstützt hätten, was wiederum eher be- als entlastend wirkte.

Auf der anderen Seite stellte von Wildungen noch einmal klar, dass das FFD nicht rechtsidentisch mit dem BUW sei. Erstmals behauptete er auch, dass das BUW durch Beschluss der Partei aufgelöst worden sei. Dies ist eine pikante Aussage. Wäre dem tatsächlich so, wäre das FFD nicht rechtmäßig gegründet worden. Dies hätte zwar zur Folge, dass es nicht verboten werden könnte. Andererseits würde mit dieser Feststellung aber auch der Verlust des Parteistatus des FFD einhergehen. Ob abschließend geklärt werden kann, dass der BUW tatsächlich aufgelöst worden ist, bleibt abzuwarten.

Abseits dessen scheint das Verbotsverfahren durchaus Erfolgsaussichten zu haben. Zwar zeigte sich Präsidentin Christ-Mazur in den mündlichen Verhandlungen auch dem Antragsteller gegenüber skeptisch, bisher folgte das Gericht in diesem Verfahren aber am Ende dennoch immer den Argumenten des Bundesrates. Gerade durch die Aussagen des Parteivorsitzenden des FFD scheint sich der Antragsgegner in eine sehr schwierige Lage manövriert zu haben. Die gerichtliche Feststellung, dass das FFD nicht auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht, scheint relativ sicher. Offen ist aber, ob das Gericht dem FFD eine hinreichende „Potentialität“ zumisst. Das FFD darf – und daran scheiterte es im NPD-Verbotsverfahren – nämlich nur verboten werden, wenn eine hinreichende Möglichkeit besteht, dass die Partei ihre verfassungswidrigen Ziele auch umsetzen kann. Dies scheint im vorliegenden Verfahren aber jedenfalls möglich, denn anders als die NPD zu ihrer Zeit ist das FFD auch im Bundestag immer mehr oder minder stark vertreten. Ob dies als Indiz ausreicht, wird das Gericht festzustellen haben. Jedenfalls darf man in diesen Tagen gespannt nach Karlsruhe und den weiteren Verlauf dieses historischen Verfahrens blicken.



Dr. Lothar Stoiber
Experte für Verfassungsrecht